



Bundesministerium
der Verteidigung

-1980048-V62-

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Sören Pellmann
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Thomas Silberhorn

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22350

FAX +49 (0)30 2004-22380

E-MAIL BueroSilberhorn@BMVg.Bund.de

BETREFF **Schriftliche Frage 5/444 des Abgeordneten Sören Pellmann vom 31. Mai 2021, eingegangen beim Bundeskanzleramt am 1. Juni 2021**
ANLAGE Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte Schriftliche Frage
DATUM Berlin, 8. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Kollege,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Bundesregierung auf Ihre o. g. Schriftliche Frage.

Mit freundlichen Grüßen

„Wie viele Vorfälle/Vergehen mit rechtsextremem Hintergrund sind der Bundesregierung innerhalb der Bundeswehr in den Jahren 2018, 2019, 2020 und bis Mai 2021 bekannt und wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg der in der Schriftlichen Frage 75 auf Bundestagsdrucksache 19/5155 skizzierten Ansätze zur Bekämpfung von extremistischen Bestrebungen innerhalb der Bundeswehr?“

Die zahlenmäßige Entwicklung der durch den MAD erfassten Verdachtsfälle stellt sich im Phänomenbereich Rechtsextremismus im erfragten Zeitraum wie folgt dar:

Neu aufgenommene Verdachtsfälle

2018	2019	2020	2021 (bis zum Stichtag 31. Mai)
270	363	477	245

Abgeschlossene Verdachtsfälle

2018	2019	2020	2021 (bis zum Stichtag 31. Mai)
226	114	71	16

Anzahl erkannter Rechtsextremisten

2018	2019	2020	2021 (bis zum Stichtag 31. Mai)
4	8	9	1

Die in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 75 auf Bundestagsdrucksache 19/5155 aufgeführten präventiven Maßnahmen zur

Extremismusbekämpfung in der Bundeswehr haben sich bewährt und werden konsequent weiterentwickelt.

Die gemäß § 37 Absatz 3 des Soldatengesetzes in der ab 1. Juli 2017 geltenden Fassung durchzuführende Soldateneinstellungsüberprüfung hat sich als Instrument der Gefahrenabwehr und als wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen den Extremismus etabliert. Zum einen können Bewerberinnen und Bewerber, die dem gewaltgeneigten oder extremistischen Spektrum zuzuordnen sind, von einer Tätigkeit in der Bundeswehr ferngehalten werden. Zum anderen ist der Soldateneinstellungsüberprüfung eine abschreckende und damit eine generalpräventive Wirkung beizumessen, indem sich eine schwer abschätzbare Anzahl an Personen auf Grund der Soldateneinstellungsüberprüfung erst gar nicht bei der Bundeswehr bewirbt oder im Laufe des Bewerbungsverfahrens von einer Tätigkeit in der Bundeswehr Abstand nimmt.

Die im Februar 2017 auf ministerieller Ebene eingerichtete Ansprechstelle „Diskriminierung und Gewalt in der Bundeswehr“ hat sich gleichfalls bewährt. Ihre Sichtbarkeit im Ministerium unterstützt die Absicht der Leitung im Hinblick auf einen diskriminierungsfreien Umgang der Menschen in der Bundeswehr über alle Organisationsbereiche hinweg deutlich. Entsprechend ihres Auftrages werden Anfragen, Stellungnahmen und Hinweise der Betroffenen im Schwerpunkt Mobbing, Diskriminierung und körperliche oder seelische Gewalt aufgenommen, bearbeitet und in Zusammenarbeit mit ministeriellen Abteilungen zur Klärung gebracht. Die Ansprechstelle übernimmt dabei eine koordinierende und steuernde Funktion. Dazu können aus der Arbeit bedarfsgerecht Impulse für Maßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) abgeleitet werden.

Die Ansprechstelle wird weiterhin von Betroffenen in Anspruch genommen und trägt so zur Konfliktlösung bei. Sie ist ein Baustein der Attraktivität der Bundeswehr als wertschätzender Arbeitgeber.

Die Bundeswehr versteht sich als Armee im demokratischen Rechtsstaat. Dieses Selbstverständnis, die Einbindung der Bundeswehr in eine freiheitliche demokratische und pluralistische Gesellschaft sowie die Vermittlung der Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung des militärischen und zivilen Personals in der Bundeswehr.

Die Maßnahmen und Angebote der Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Bundeswehr werden fortlaufend angepasst, aktualisiert und weiterentwickelt. Sie sind darauf angelegt, dieses Selbstverständnis bei jedem einzelnen Bundeswehrangehörigen auszuprägen. So werden die Bedeutung der Menschenwürde, das Rechtsstaatsprinzip und die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Rahmen der Laufbahn-, Berufs- oder Rechtsausbildung und auch im Rahmen der politischen Bildung sowie der Inneren Führung vermittelt.

Politische Bildung ist das Ergebnis eines Bildungsprozesses, der Urteilsfähigkeit, Handlungsbereitschaft und Handlungskompetenz vermitteln und entwickeln soll. Sie ist Teil der Persönlichkeitsbildung und damit Teil eines lebenslangen Lernprozesses. Sie kann Meinungen und Überzeugungen verstärken und festigen, aber auch zu deren Überprüfen anregen und damit langfristig auch zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen führen.

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr wurde daher durch das BMVg zur Durchführung einer wissenschaftlichen Evaluation der politischen Bildung in der Bundeswehr beauftragt. Auf Grundlage einer repräsentativen Befragung werden erstmals wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zur Durchführung und Wirkung von politischer Bildung aus Sicht der Soldatinnen und Soldaten und somit aus Sicht der Zielgruppe von politischer Bildung gewonnen. Dabei wird auch untersucht, inwieweit die politische Bildung in der Bundeswehr zur Extremismusprävention beiträgt. Die Studienergebnisse sollen auch zur systematischen Weiterentwicklung der politischen Bildung und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Durchführung sowie zur Optimierung der Wirkung von politischer Bildung herangezogen werden.

Politische Bildung war bisher in den Vorschriften „Politische Bildung in der Bundeswehr“ sowie „Vorgaben für Maßnahmen der politischen Bildung“ geregelt. Die neugefasste und am 28. Mai 2021 herausgegebene Vorschrift „Politische Bildung“ fasst beide Vorschriften zusammen, formuliert Aufgaben, Ziele und Wirkungsfelder der politischen Bildung - erstmals für alle militärischen und zivilen Angehörigen in der Bundeswehr - und sieht kompetenzorientierte Ausbildungsformen vor.